LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/19791**

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW muss funktionieren: Bilanz der Landesregierung zeigt strukturelle Defizite bei Familie, Beruf, Pflege, Gleichstellung und Integration

I. Ausgangslage

Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich im Koalitionsvertrag ambitionierte Ziele gesetzt: Gleichstellung als zentrale Leitlinie, der Abbau von Hemmnissen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, verlässliche Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, faire Arbeitsbedingungen, fürsorgliche Pflege und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Vier Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: In nahezu allen zentralen Bereichen bleibt die Landesregierung weit hinter diesen eigenen Ansprüchen zurück. Das hat konkrete Folgen für die Menschen im Land – Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und pflegende Angehörige stehen zunehmend allein vor der Aufgabe, ein immer komplexeres Leben zu organisieren, ohne die notwendige Unterstützung durch das Land zu erhalten. Mit welchen Chancen auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen aufwachsen, bleibt weiterhin eine Frage des sozioökonomischen Status der Eltern. Fehlende Kitaplätze, unzureichende Pflegeangebote, fortbestehende Lohnungleichheit und gekürzte Mittel im Bereich Gleichstellung und Integration zeigen: Dieses Regierungsversagen ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Politik, die Vereinbarkeit und Chancengleichheit zwar verspricht, aber strukturell nicht ermöglicht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Unter Schwarz-Grün bleibt das ein Wunschtraum!

Auch wenn viele Paare Elternzeit partnerschaftlich aufteilen und Care-Arbeit gerecht organisieren möchten, scheitert dies in der Praxis häufig an den bestehenden Rahmenbedingungen. Vor allem das unzureichende Angebot an Kitaplätzen – inklusive fehlender Notfall- und Ferienbetreuung – zwingt Eltern, insbesondere Frauen, in reduzierte Arbeitszeiten. 91 % der erwerbstätigen Väter arbeiten in NRW in Vollzeit, während es bei den Müttern nur 29,6 % sind. Die Teilzeitquote bei Müttern liegt bei 70 Prozent. Auch die Aufteilung der Elternzeit fällt sehr unterschiedlich zwischen den Geschlechtern aus. Der Väteranteil beim Elterngeldbezug liegt bei lediglich 25 Prozent. Väter planen zudem mit rund 4 Monaten Elterngeldbezug, Frauen mit durchschnittlich 15,1 Monaten.[1] Die Folgen für Frauen sind bekannt: geringere Einkommen, schlechtere Karrierechancen und langfristige Nachteile in der Altersvorsorge.

Vereinbarkeit entscheidet unmittelbar über die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen – und bleibt zugleich eines der größten ungelösten Probleme der Landespolitik. Besonders

[1] Quelle: https://www.it.nrw/nrw-rund-der-erwerbstaetigen-muetter-und-der-erwerbstaetigen-vaeter-arbeiteten-2025-in-vollzeit

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 11.06.2026

deutlich wird dies bei den versprochenen „innovativen Projekten“. Trotz klarer Ankündigungen im Koalitionsvertrag bleibt die Umsetzung nahezu aus. Die Landesregierung benennt selbst im Wesentlichen ein einziges neues Projekt seit 2023 („PerMenti NRW“), das bis März 2025 lediglich 159 Frauen erreicht hat. Vielmehr wurden die Mittel im Bereich Gleichstellung sogar um rund 2,8 Millionen Euro gekürzt.[2] Diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist gravierend – insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, bei dem gerade die Erwerbsbeteiligung von Frauen eine Schlüsselrolle spielt. Dabei hat sich die Landesregierung selbst ambitionierte Ziele gesetzt. Im Koalitionsvertrag heißt es ausdrücklich, Gleichstellung sei eine „zentrale Leitlinie für unser Handeln und als Querschnittsthema für alle Politikbereiche gleichermaßen relevant“. Gleichzeitig wird zugesichert, Hemmnisse abzubauen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen sowie gezielt „innovative Projekte“ gegen ungewollte Teilzeit zu fördern.[3]

Lohnungleichheiten setzen sich fort!

Die Landesregierung hat zwar den Lohnatlas als Transparenzinstrument eingeführt. Sie selbst betont, dieser schaffe „die Wissensgrundlage für politische Diskussionen“. Doch genau daran knüpft das Problem an: Aus dieser Wissensgrundlage folgen keine konkreten, politischen Maßnahmen. Statt verbindlicher politischer Eingriffe bleibt es bei Dialogformaten und freiwilligen Ansätzen. Gleichzeitig räumt die Landesregierung ein, dass sie nicht einmal systematisch erhebt, ob Unternehmen Maßnahmen gegen Lohnungleichheit ergreifen.[4] Damit wird ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages – gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen – faktisch nicht umgesetzt. Die strukturellen Probleme zeigen sich besonders deutlich in den Daten zum Arbeitsmarkt: Frauen sind in Nordrhein-Westfalen weiterhin überproportional häufig in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung tätig. Laut DGB-Frauenreport entfallen 76,1 % der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen und 59,4 % der Minijobs auf Frauen.[5] Gleichzeitig besteht ein erhebliches ungenutztes Arbeitskräftepotenzial. Diese Entwicklung ist kein individuelles Problem, sondern Ausdruck fehlender politischer Steuerung.

Junge Menschen bleiben ohne Anschlussperspektive

34.865 Schülerinnen und Schüler hatten 2025 nach der Schule keine Anschlussperspektive.[6] Und jeder fünfte junge Mensch bleibt in NRW langfristig ohne Berufsabschluss. Ohne formale Qualifikation sind die Berufschancen junger Menschen schlecht. Die Landesregierung verweist darauf, dass sie betroffene Schulabgängerinnen und -abgänger nicht im Stich lasse, sondern durch Programme wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ unterstütze.[7] Trotz steigender Kosten durch Inflation und bei den Trägern hat jedoch jahrelang keine Erhöhung der Mittel für das Programm stattgefunden. Stattdessen wurden zentrale Bestandteile des Programms KAoA in die ESF-Förderung verschoben und damit aus der Landesförderung herausgenommen. Die gut bewährte Berufseinstiegsbegleitung, die ebenfalls jungen Menschen beim Übergang in den Beruf unterstützte, wurde von der Landesregierung komplett gestrichen. Zusätzlich sind im Mai 2026 45.770 junge Menschen, die auf der Suche nach einer Ausbildung

[2] Landtag NRW, DS 18/14322
[3] Quelle: https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf Kapitel Gleichstellung und Frauen
[4] Landtag NRW, DS 18/14219
[5] https://nrw.dgb.de/dgb-nrw-fileadmin/dateien/Bilder/Bezirk/Frauen/Frauendatenreport/DGB_Frauenreport_2025_WebVersion.pdf
[6] Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7426 vom 25. März 2026. Drs. 18/19076.
[7] Quelle: https://www.waz.de/politik/article411885924/zehntausende-schulabgaenger-in-nrw-ohne-chance-auf-gute-jobs.html

waren, nach wie vor unversorgt und der Anteil an gemeldeten Berufsausbildungsstellen sinkt in den letzten vier Jahren kontinuierlich.[8]

NRW hat die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer

Mit einer Arbeitslosenquote von 7,9 %[9] hat NRW sogar eine höhere Arbeitslosenquote als Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Verschärfend kommt hinzu, dass jeden Monat in Nordrhein-Westfalen 2.100 gute bezahlte Industriearbeitsplätze verloren gehen.[10] Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in NRW seit Beginn von Schwarz-Grün kontinuierlich weiter angestiegen. Im April waren 328.870 Menschen langzeitarbeitslos.[11] Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün heißt es auf Seite 102: “Wir gehen entschieden gegen Langzeitarbeitslosigkeit vor und bauen den Sozialen Arbeitsmarkt landesseitig zielgerichtet aus.” Getan hat die Landesregierung nichts. Während die Arbeitslosigkeit in NRW hoch ist, klagen viele Branchen weiter über den Fachkräftemangel. Um den Fachkräftemangel zu begegnen, hat die Landesregierung die Fachkräfteoffensive NRW gestartet. Im letzten Haushalt des MWIKE war die Fachkräfteoffensive dann als eigener Titel gestrichen, jedes Ressort soll die Maßnahmen und Schwerpunkte nun aus eigenen Haushaltsmitteln bewirtschaften.[12] Im Fortschrittsbericht der Landesregierung zur Fachkräfteoffensive steht auf Seite 10: ”Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen arbeitet daran, Antworten und Lösungen auf den Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu finden. [...] Es werden alle Potentiale gebraucht, um den Wohlstand des Landes zu sichern.” Angesichts des hohen Anteils junger Menschen ohne Anschlussperspektive und der aktuellen Arbeitsmarktdaten ist fraglich, inwieweit die Landesregierung alle Potentiale nutzt. Ein erkennbarer Mehrwert der Fachkräfteoffensive gegenüber bereits bestehenden Programmen ist nicht erkennbar.

In NRW wächst jedes vierte Kind in Armut auf

3,2 Millionen Menschen waren 2025 armutsgefährdet. Das entspricht einer Armutsgefährdungsquote von 17,8 %. Kinder und junge Menschen sind dabei überproportional von Armut betroffen. Knapp jedes vierte Kind und jeder vierte junge Mensch unter 18 Jahren wächst in NRW in Armut auf.[13] Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: ”Kinder- und Jugendarmut darf nicht die Chancen junger Menschen verbauen. Um dieser Herausforderung nachhaltig begegnen zu können, werden wir in einem breiten Bündnis von Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen sowie Kindern und Jugendlichen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ als ressortübergreifendes Aktionsprogramm schmieden.” Passiert ist nahezu nichts. Im Vergleich schneidet NRW besonders schlecht ab. Deutschlandweit wächst ”nur” jedes siebte Kind bzw. jeder siebte Jugendliche in einem einkommensarmen Haushalt auf.[14]

---

[8] Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Aktuelle-Eckwerte-Nav.html?DR_Gebietsstruktur%3Dbl%26Gebiete_Region%3DBundesland%26DR_Region%3D05000000%26DR_Region_bl%3D05000000%26mapHadSelection%3Dtrue
[9] Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt im Überblick. Berichtsmonat April 2026.
[10] Quelle: https://rp-online.de/wirtschaft/nrw-industrie-verliert-jeden-monat-2100-jobs-zahl-der-offenen-stellen-bricht-ein_aid-140192339
[11] Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Langzeitarbeitslosigkeit/Langzeitarbeitslosigkeit-Nav.html?Thema%3DZeitreihe%26DR_Gebietsstruktur%3Dbl%26Gebiete_Region%3DBundesland%26DR_Region%3D05000000%26DR_Region_bl%3D05000000%26DR_RK%3Dinsgesamt%26mapHadSelection%3Dfalse
[12] Quelle: Antwort der LR auf die KA 7127. Drs. 18/18049.
[13] Quelle: https://www.it.nrw/nrw-32-millionen-menschen-waren-2025-armutsgefaehrdet-128368
[14] Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/11/PD25_N065_63.html

Pflegende Angehörige ohne Unterstützung!

Die Situation verschärft sich weiter im Bereich Pflege und Gesundheit. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie sehr Vereinbarkeit unter Druck geraten ist. Immer mehr Menschen übernehmen Pflegeaufgaben neben ihrem Beruf. Pflegende Angehörige bleiben aber häufig ohne ausreichende Unterstützung. Ganze Familien sind betroffen, dabei gibt es individuelle Herausforderungen für Pflege im Alter, Eltern, die ihre Kinder pflegen oder Kindern, die ihre Eltern pflegen. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich stark an: Allein in Nordrhein-Westfalen waren Ende 2023 rund 1,39 Millionen Menschen pflegebedürftig, ein Anstieg von 16,4 % gegenüber 2021. Prognosen gehen davon aus, dass diese Zahl bis 2050 auf rund 1,7 Millionen Menschen anwachsen wird.[15]

Pflege-Insolvenzen auf NRWs Tagesordnung

Gleichzeitig verschlechtert sich die Angebotsstruktur: Im Jahr 2025 meldeten 23 Pflegeeinrichtungen Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit. Darüber hinaus wurden landesweit 14 vollstationäre und 15 teilstationäre Einrichtungen sowie 34 ambulante Dienste geschlossen.[16] Diese Situation verschärft sich weiter: Allein im ersten Quartal 2026 haben bereits 15 Pflege-Einrichtungen Insolvenz in NRW angemeldet.[17] Wie das Land gegensteuert, bleibt unklar. Die Investitionskosten für ambulante Pflegedienste bleiben z.B. seit Jahrzehnten unberührt. Das Land scheint nicht der Meinung zu sein, dass hier gehandelt werden müsse.

Wer pflegebedürftig wird, wird in NRW zur Kasse gebeten...

Parallel dazu steigen die Eigenanteile für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen massiv an. In Nordrhein-Westfalen müssen Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner aktuell im ersten Aufenthaltsjahr durchschnittlich rund 3.427 Euro monatlich selbst tragen. Das sind 200 Euro mehr als im Jahr zuvor. Selbst nach Zuschüssen liegen die Eigenanteile im Schnitt weiterhin bei fast 3.000 Euro pro Monat, teilweise werden die Berechnungen des Eigenanteils mit 3.696 Euro noch höher angesetzt.[18] Insgesamt betragen die Gesamtkosten eines Pflegeheimplatzes inzwischen über 5.400 Euro monatlich. Ein Großteil davon wird von den Betroffenen und ihren Familien getragen. Im Bundesdurchschnitt liegt NRW damit in der Spitzengruppe der teuersten Länder.

Profit statt Versorgung: Hausärztemangel verschärft sich

Auch bei der Förderung der hausärztlichen Versorgung geht NRW mit schlechtem Beispiel voran: Der Mangel an ärztlicher Versorgung, insbesondere im hausärztlichen Bereich, verschärft sich zunehmend. In Nordrhein-Westfalen müssen Hausärztinnen und Hausärzte im Durchschnitt mehr als 1.400 Einwohner pro Arzt versorgen. Damit liegt NRW deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Regionale Unterversorgung wird besonders in ländlichen Räumen sichtbar: In Ostwestfalen-Lippe sind derzeit 128 Hausarztsitze unbesetzt, bei Versorgungsgraden teilweise unter 75 %.[19] Eine gezielte Förderung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), insbesondere in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft, könnte hier entgegenwirken, bleibt bislang jedoch hinter den Möglichkeiten zurück. Das Land fördert zurzeit auch private Träger, die keine Rücksicht auf die Versorgunglage nehmen (müssen). Dass

[15] https://www.it.nrw/neue-pflegemodellrechnung-fuer-nrw-bis-2050-wird-jede-zehnte-person-pflegebeduerftig-sein-128221
[16] Landtag NRW, DS 18/17922
[17] Landtag NRW, DS 18/19357
[18] https://www.vdek.com/LVen/NRW/Presse/Pressemitteilungen/2025/stationaere-pflege-nrw.html; Landtag NRW, DS 18/18436
[19] https://www.stiftung-gesundheit.de/analysen-studien/analysen-versorgungslandschaft/status2024/

muss ich schnell ändern, weil der Fokus Medizinischer Versorgungszentren auf die Gesundheitsversorgung vor Ort gelegt werden sollte.

Seelische Erkrankungen: NRW lässt Hilfsbedürftige im Stich

Fast jeder zweite Mensch in Deutschland entwickelt im Laufe seines Lebens eine behandlungsbedürfte, seelische Erkrankung. Alle anderen werden im Laufe des Lebens als Angehörige betroffen sein. Dies hat nicht nur für die Betroffenen und ihre Angehörigen weitreichende Folgen: Seelische Erkrankungen zählen inzwischen zu den häufigsten Ursachen für Arbeitsunfähigkeit. Gleichzeitig betragen die direkten und indirekten Kosten, die durch seelische Erkrankungen entstehen, 5 % des Bruttoinlandsprodukts. Doch während der Bedarf an Hilfe ungebrochen weiter wächst, müssen Betroffene noch immer monatelang auf einen Therapieplatz warten – im Schnitt zwischen drei und fünf Monaten.[20] Auch die Zahl der kassenärztlichen Sitze wird dem Behandlungsbedarf bei Weitem nicht gerecht. Dabei konzentriert sich die Unterversorgung vor allem auf ländliche Regionen und strukturschwache Gebiete. Es bedarf dringend einer Kraftanstrengung zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention, bevor eine Behandlung überhaupt erst notwendig wird. Die Landesregierung muss die seelische Gesundheit endlich zur Priorität ihres Regierungshandelns erklären.

Einsamkeitsbekämpfung: In NRW kaum mehr als Symbolpolitik

Auch Einsamkeit wird immer stärker zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Die Landesregierung beschränkt sich in ihrer Politik zur Bekämpfung von Einsamkeit bislang auf symbolische Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung von individueller Einsamkeit. Eine kohärente Strategie, die jedoch die strukturellen Ursachen von Einsamkeit systematisch adressiert, fehlt hingegen vollständig. Dabei trifft Einsamkeit nicht alle Menschen gleich. Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Menschen mit geringem Einkommen und ihre Kinder, sind in besonderem Maße betroffen. Dabei hat die Einsamkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit der Pandemie deutlich zugenommen und ist seither sehr weit verbreitet. [21] Eine aktuelle Studie unter Grundschulkindern im Ruhrgebiet kommt zu dem Ergebnis, dass sich bereits rund 12 Prozent der Grundschulkinder oft oder immer einsam fühlen.[22] Wer diese Gruppen wirklich schützen will, muss die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Blick nehmen, die die Entstehung von Einsamkeit begünstigen. Eine fehlende wirksame Bekämpfung von Kinderarmut, unzureichende Investitionen in Bildungsgerechtigkeit und die fehlende gezielte Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher konterkarieren jeden Ansatz, Einsamkeit nachhaltig zu überwinden.

Kürzungen statt Ausbau: Integrationsinfrastruktur wird geschwächt

Auch im Bereich Integration zeigen sich gravierende Schwächen. Statt die angekündigte Stärkung der Integrationsarbeit in NRW umzusetzen, werden Mittel teilweise deutlich heruntergefahren. Insbesondere im Bereich des Ankommens, also der Unterbringung und Beratung von Geflüchteten, wurden die Mittel von ursprünglich 35 Millionen Euro auf aktuell 17,9 Millionen Euro gekürzt. Betroffen ist vor allem die soziale Beratung. Die soziale Beratung umfasst Sozialberatungsstellen in Landeseinrichtungen, Psychosoziale Zentren außerhalb der Einrichtungen, Ausreise und Perspektivberatungsstellen, Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und überregionale Fachbegleitungen.

[20] https://www.klinikkosten.de/tabellen/psychotherapie-wartezeiten/
[21] https://www.aerzteblatt.de/news/einsamkeit-unter-jugendlichen-massenphaenomen-und-schambesetzt-b33fdbe0-062c-4523-ad33-f25b9692db0a
[22] https://sozialstiftung.nrw/news/neue-studie-schon-grundschulkinder-leiden-unter-einsamkeit

Diese Kürzungen treffen besonders vulnerable Gruppen wie traumatisierte Geflüchtete oder Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Beratung durch komplexere Verfahren. Kernangebote, die laut Koalitionsvertrag gestärkt werden sollen, werden massiv geschwächt. Dabei ist die Phase des Ankommens und der Orientierung besonders wichtig für eine schnelle und erfolgreiche Integration.
Die Schwächung der Integrationsinfrastruktur wird auch in anderen Bereichen fortgesetzt. Die Landesregierung hat zwei Jahre in Folge die im Teilhabe- und Integrationsgesetz festgeschriebene Dynamisierung für eben diese Infrastruktur ausgesetzt und somit nicht nur ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gebrochen, sondern auch das Gesetz missachtet. Kommunen, Träger, Migrantenselbstorganisationen, landespolitische Gremien und Vereine sind die leidtragenden dieser Sparpolitik. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bedarf ebensolcher starker Strukturen, die ausgebaut und nicht geschwächt werden dürfen.

Grundsätzlich fehlt es an einer übergreifenden Strategie: soziale, integrationspolitische, gesundheitliche und arbeitsmarktpolitische Aspekte werden nicht systematisch zusammengeführt.

II. Der Landtag stellt fest,

- dass die ambitionierten Ziele der Schwarz-Grünen Landesregierung deutlich verfehlt wurden und
- dass Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze der deutschen Länder muss.

III. Der Landtag beschließt:

1. Nordrhein-Westfalen soll bald wieder ein Land sein,
   - in dem Vereinbarkeit möglich ist,
   - in dem sich Lohnungleichheiten nicht fortsetzen,
   - in dem junge Menschen eine Anschlussperspektive erhalten,
   - in dem auch Langzeitarbeitslose eine echte Chance erhalten,
   - in dem Kinderarmut wirksam und aktiv bekämpft wird,
   - in dem in unser Gesundheitswesen investiert und nicht kaputtgespart wird,
   - in dem Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko ist,
   - in dem Einsamkeit und ihre strukturellen Ursachen wirksam bekämpft werden,
   - in dem sich Menschen wohl und nicht seelisch krank fühlen,
   - in dem Menschen gut aufgenommen werden und ankommen können,
   - in dem Integrationsmaßnahmen gestärkt werden,
   - in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt steht.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine umfassende Kurskorrektur in der Arbeits-, Sozial-, Integrations- sowie Gesundheitspolitik vorzunehmen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Dr. Dennis Maelzer
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Anja Butschkau
Volkan Baran

und Fraktion